

FAKTEN, ARGUMENTE, DATEN UND HINTERGRÜNDE ZUM THEMA 7 IM PARTEILEHRJAHR

Seminar zum Studium der Grundprobleme der politischen Ökonomie des Sozialismus und der ökonomischen Strategie der SED

Volkswirtschaftlich effektivste Art der Veredlung im Vordergrund

Die Sicherung der Energie- und Rohstoffversorgung. Die Senkung des Produktionsverbrauchs und die höhere Veredlung der Roh- und Brennstoffe – wichtige Aufgaben zur Erhöhung des Nationaleinkommens.

Produktion und Nationaleinkommen, das für die Fortführung der Politik der Hauptaufgabe und für die Sicherung des Friedens notwendig ist, zu gewährleisten.

Der Begriff Veredlung ist in den Technikwissenschaften und der Technologie (Kohleindustrie, chemische Industrie, Textilindustrie und metallverarbeitende Industrie) schon seit langem gebräuchlich. Man begegnet der Veredlung dort z. B. im Sinne der Änderung von Stoffeigenschaften, als Fertigungsverfahren oder im Zusammenhang mit der stoffwirtschaftlichen Nutzung von Erdöl und Kohle. Aber auch im wirtschaftlichen Sinne wird der Terminus Veredlung im Deutschen seit über 100 Jahren verwendet (vgl. Haubstein, H.-D., Veredlung und Innovation aus ökonomischer Sicht, in: Wirtschaftswissenschaft, 32(1984)7, S. 1601). Er bedeutet hier im allgemeinsten Sinne die Umwandlung von Rohstoffen, Material und Energieträgern in Gebrauchswerte einer höheren, d. h. dem Konsum und damit der Bedürfnisbefriedigung nützlicheren Form und somit das Hinzufügen von Wert zum Produkt. Daraus abgeleitet besteht das Wesen der höheren Veredlung in der Erhöhung des Wirkungs-

grades bei der Nutzung der Arbeitsgegenstände – Rohstoffe, Material und Energieträger einschließlich Importe – in allen Stufen des Verarbeitungsprozesses durch die qualitative und strukturelle Entwicklung des Gebrauchsvolumens auf der Grundlage des Einsatzes von qualifizierter Arbeit. Das Kennzeichen der Höherveredlung ist der wachsende Gebrauchswert je stofflicher Einheit Rohstoff, Material und Energie. Dabei ist die zu erzielende Gebrauchswertsteigerung der Erzeugnisse grundsätzlich mit der Verminderung des Material- und Energieverbrauchs pro Produkt zu verbinden, was in der Praxis jedoch oft nicht unkompliziert und z. T. nicht ohne Widersprüche verläuft. Der Schlüssel zur Lösung dieses Problems liegt in der ständigen Erneuerung der Erzeugnisse und Produktionstechnologien unter bestmöglicher Anwendung der Mikroelektronik, der Informationsverarbeitungs- und Automatisierungstechnik, neuer Konstruktionswerkstoffe und anderer Grundrichtungen des wissenschaftlich-technischen Fortschritts. Wertmäßig betrachtet ist die höhere Veredlung Ausdruck der Substitution von vergegenständlichter Arbeit, d. h. von Rohstoffen, Material und Energie durch qualifizierte

lebendige Arbeit, also einer Umkehrung der entscheidenden Substitutionsbeziehung der Vergangenheit, des Ersatzes von lebendiger durch vergegenständlichte Arbeit. Es geht primär darum, durch Nutzung der werterhöhenden Potenz qualifizierter Arbeit in der Produktion über höhere Gebrauchswerte einen zusätzlichen Neuwert zu schaffen und auf diese Weise eine steigende Nettoproduktion und somit ein größeres Nationaleinkommen pro Rohstoff- und Materialeinheit zu erwirtschaften. Die aus der gleichzeitigen absoluten Senkung des Produktionsverbrauchs resultierende Freisetzung von Rohstoffen, Material und Energie muß zur Steigerung des gesellschaftlichen Gesamtproduktes genutzt werden, wobei diese wiederum erst in Verbindung mit lebendiger Arbeit und Grundfonds zu vermehrter Neuwertschöpfung führt.

Die höhere Veredlung hat in den Rohstoffen ihren Ausgangspunkt, bezieht jedoch alle Folgezustufen mit ein, die durch Hinzufügen von laufendem Aufwand an lebendiger qualifizierter Arbeit bei Erhöhung des Gebrauchswertes den Veredelungsgrad des verarbeiteten Materials erhöhen. Jede Materialeinsparung auf einer Stufe ist somit gleichzeitig eine Einsparung von Arbeit in den vorgelagerten Prozessstufen. Weiterhin entspricht es dem Wesen der Höherveredlung, daß Gebrauchswertsteigerungen in den Vorstufen Grundlage für Materialeinsparungen in den Folgezustufen – bis hin zur Anwendung – bilden. Eine wesentliche Bedingung ist also, daß sich die Höherveredlung und damit die Erneuerung der Produktion durchgängig über den volkswirtschaftlichen Stoff- und Materialfluß zieht. Hiervon wird in hohem Maße die weitere Leistungs- und Effektivitätsentwicklung unserer Volkswirtschaft bestimmt.

Im Vordergrund muß stets die volkswirtschaftlich günstigste, effektivste Art der Veredlung stehen (Beachtung von einmaligem Aufwand, Bedarf u. a.).

Insgesamt wird deutlich, die Durchsetzung der höheren Veredlung ist bei umfassender Intensivierung des volkswirtschaftlichen Reproduktionsprozesses auf wesentliche qualitative Veränderungen in der Reproduktion gerichtet, die wirtschaftliches Wachstum auf der Grundlage qualitativer Vervollkommnung und besserer Verwertung der bereits in den volkswirtschaftlichen Kreislauf einbezogenen Rohstoff- und Materialressourcen zum Inhalt haben. Sich diesen Erfordernissen zu stellen, ist auch eine Herausforderung an die Wissenschaftler der Karl-Marx-Universität.

Dr. HELMHARD KRAFT, Sektion Wirtschaftswissenschaften



Ein neues Getriebe wurde vom VEB Getriebewerke Gotha entwickelt. Inzwischen wird es in dem Thüringer Betrieb in Serie produziert. Foto: ADN-ZB/Hirndorf

Seminar zum Studium der Geschichte der KPdSU

Die historischen Lehren sind von äußerster Aktualität

Die erfolgreiche Realisierung des Leninschen Planes des sozialistischen Aufbaus in den 20er und 30er Jahren war von großer internationaler Bedeutung. Unter ihrem Einfluß erstarkten in der ganzen Welt Kräfte, die aktiv für Frieden, gegen Krieg kämpften. Ebenso wie vorher lag auch in dieser Periode, die durch wachsende Macht und Autorität des Sowjetstaates gekennzeichnet war, seiner Außenpolitik das Leninsche Prinzip der friedlichen Koexistenz zugrunde. In den Dokumenten der KPdSU spiegelt sich das unmittelbare wechselseitige Verhältnis von Außen- und Innenpolitik wider. Die Außenpolitik zur aktiven Verteidigung des Friedens sicherte günstige Bedingungen für den sozialistischen Aufbau, die Stärkung des ersten sozialistischen Staates in der Welt; die Erfolge des sozialistischen Aufbaus festigten die Positionen der friedliebenden Außenpolitik und machten sie noch wirksamer. Ein Ausdruck dafür waren in den 20er Jahren z. B. die diplomatische Anerkennung der UdSSR durch eine Reihe bürgerlicher Staaten (besonders 1924 durch Großbritannien, Italien, Norwegen, Schweden, Dänemark, Griechenland, Mexiko, Österreich, Frankreich, China, Japan), der Abschluß von Nichtangriffs- und Neutralitätsverträgen (in

fung regionaler Sicherheitssysteme richtete die Sowjetregierung ihre Bemühungen auf den Abschluß bilateraler Verträge über gegenseitigen Beistand. 1935 wurde das sowjetisch-französische Abkommen über den sofortigen Beistand im Falle eines Überraschungsangriffs unterzeichnet. Es sah ferner Konsultationen für den Fall vor, wenn einem der Teilnehmer ein Überfall drohen sollte. Beim Abschluß des Abkommens betonten die Sowjetunion und Frankreich, daß sie nach wie vor für die Schaffung eines Systems der kollektiven Sicherheit eintreten.

Im gleichen Jahr wurde auch ein Beistandsabkommen zwischen der UdSSR und der Tschechoslowakei unterzeichnet. Es enthielt jedoch eine Klausel, laut der seine Gültigkeit bei Überfall auf die Vertragspartner mit der französischen Hilfe in Verbindung gebracht wurde. Die Klausel wurde von der tschechoslowakischen Regierung vorgeschlagen, die damit eine automatische Wirkung des Vertrages verhindern wollte, indem sie ihn von der Haltung Frankreichs abhängig machte.

Mitte der 30er Jahre nahm die Kriegsgefahr noch mehr zu. Während französische Politiker versuchten, etwa, wenn auch nicht ganz konsequent, für die Abwendung des herannahenden

Der Kampf der KPdSU für den Schutz des sozialistischen Vaterlandes und für den Frieden unter den Bedingungen der kapitalistischen Umkreisung in den 20er und 30er Jahren.

den Jahren 1928 bis 1927 z. B. mit Deutschland, Litauen, der Türkei, Afghanistan und dem Iran), Aktivitäten zum Ausbau wirtschaftlicher Beziehungen, der Kampf für Abrüstung.

Der Beginn der Weltwirtschaftskrise 1929 hatte die imperialistischen Widersprüche zuspitzen lassen. Die gesamte internationale Lage wurde durch die durch komplizierter, da die Widersprüche zwischen beiden gesellschaftlichen Systemen zunahm. Die Kriegsgefahr wuchs. Unter diesen Bedingungen nahm die Rolle der UdSSR bedeutend zu, die sich hartnäckig und konsequent für die Erhaltung des Friedens einsetzte. Die KPdSU hatte angesichts dieser Umstände im Jahre 1933 einen besonderen Beschluß gefaßt: über die **Entfaltung des Kampfes für die Schaffung eines Systems der kollektiven Sicherheit in Europa**, auf dessen Grundlage ein entsprechender Plan der Sowjetdiplomatie ausgearbeitet wurde. Entsprechend diesem Plan trat die UdSSR 1934 dem Völkerbund bei und bekundete ihre Bereitschaft, in seinem Rahmen ein regionales Abkommen über die gegenseitige Verteidigung vor einer deutschen Aggression abzuschließen. Nach Ansicht der UdSSR sollten Belgien, Frankreich, die Tschechoslowakei, Polen, Litauen, Lettland, Estland und Finnland oder einige dieser Länder, unbedingt aber Frankreich und Polen, Teilnehmer des Abkommens sein. Die Abkommenspartner sollten im Falle eines militärischen Überfalls einander diplomatische, moralische und nach Möglichkeit auch materielle Hilfe leisten. Schon im November 1933 schlug die UdSSR der Regierung der USA vor, einen regionalen Pakt unter Teilnahme Japans, Chinas und anderer Staaten abzuschließen. Diese beiden Initiativen bildeten ein weitgehendes Friedensprogramm, begründet auf der Konzeption der kollektiven Verteidigung des Friedens. Die kapitalistischen Länder lehnten jedoch diese sowjetischen Initiativen ab.

Während der Verhandlungen mit Frankreich entstand die Idee eines Ostpaktes, die von den Regierungen einer Reihe europäischer Staaten aktiv diskutiert wurde. Es war gemeint, daß die Paktteilnehmer die vertragliche Verpflichtung übernehmen, die Unantastbarkeit der Grenzen zu garantieren und im Falle eines Angriffs einander Beistand zu leisten. Die Idee des Ostpaktes fiel Deutschland natürlich nicht. Sie wurde auch von England abgelehnt, das ein Separatabkommen mit Deutschland im Sinne hatte. So wurde die Durchsetzung der sowjetisch-französischen Initiative vereitelt.

Angesichts der ablehnenden Haltung gegenüber der Schaffung eines Ostpaktes, beschleunigte die Politik der britischen Regierung zweifellos den Ausbruch eines neuen Weltkrieges. Die Politik Englands wurde von Leuten bestimmt, die die Absicht hegten, mit Hitler vor allem auf Kosten der Sowjetunion und dann auf Kosten der osteuropäischen Staaten übereinzukommen. Das war die Ursache für die Sabotage der Bemühungen um die Schaffung eines Systems der kollektiven Sicherheit in Europa, die Ursache der moralisch-politischen Unterstützung des Hitlerregimes. Der blinde Haß gegen den Sozialismus und die Sowjetunion machte die konservativen Politiker unfähig, die politische Lage nüchtern einzuschätzen und entsprechend den Interessen der friedliebenden Menschheit zu handeln. Die Sowjetunion gab ihre Bemühungen auch weiterhin nicht auf, kollektive Handlungen gegen die Aggressionen des faschistischen Blocks zu organisieren.

In Verbindung mit dem „Anschluß“ Österreichs vom 12. März 1938 forderte die UdSSR z. B. England, Frankreich und die USA auf, kollektiv gegen die Aktionen Deutschlands vorzugehen, indem sie erklärte: „Morgen kann es schon zu spät sein, aber heute ist es noch Zeit dafür, wenn alle Staaten, besonders die Großmächte, eine feste, eindeutige Haltung hinsichtlich der kollektiven Rettung des Friedens einnehmen.“ Dieser Aufruf fand jedoch in London, Paris und Washington kein Gebör. Verhängnisvolle Ereignisse folgten.

„Die Sowjetunion hatte versucht, rechtzeitig ein System der kollektiven Sicherheit gegen den Aggressor zu formieren. Dieser Friedenspolitik war angesichts der antisowjetischen Position westlicher kapitalistischer Staaten kein Erfolg beschieden. Die Konsequenz: Sie, diese Staaten, überzog Hitlerdeutschland noch vor der Sowjetunion mit Krieg, um sich ein territorial genügend tiefes und ökonomisch starkes Hinterland für den Überfall auf die UdSSR zu schaffen.“ (Aus dem Aufruf zum 40. Jahrestag des Sieges über den Hitlerfaschismus und der Befreiung des deutschen Volkes, vom 11. Januar 1983).

Die historischen Lehren des Kampfes der Sowjetdiplomatie für Frieden in den 20er und besonders 30er Jahren sind von äußerster Aktualität, geht es doch gegenwärtig darum, eine breite Koalition der Vernunft zu schaffen, um ein nukleares Inferno zu verhindern. Die historischen Bedingungen zu ihrem Zustandekommen sind günstiger als damals.

Dr. MERVE MARTSCHENKO, Sektion Geschichte

Seminar zum Studium von Grundproblemen des revolutionären Weltprozesses

Mit Zusammenschluß entsprachen sozialistische Staaten einem gesetzmäßigen Erfordernis

Vor 30 Jahren, am 14. Mai 1955, schlossen die Volksrepublik Albanien, die Volksrepublik Bulgarien, die Tschechoslowakische Republik, die Deutsche Demokratische Republik, die Volksrepublik Polen, die Ruminische Volksrepublik, die Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken und die Ungarische Volksrepublik in Warschau den „Vertrag über Freundschaft, Zusammenarbeit und gegenseitigen Beistand“ ab. (Die Volksrepublik Albanien schied 1962 aus dem Vertrag aus.) Darin erklärten die Vertragspartner ihren Willen, ihre politische, wirtschaftliche, militärische und kulturelle Zusammenarbeit weiterzuentwickeln und zu festigen. Sie vereinbarten eine gemeinsame und koordinierte Politik für die Gewährleistung des Friedens und der europäischen Sicherheit, für allgemeine und vollständige Abrüstung und das Verbot aller Massenvernichtungswaffen. Sie bekundeten nachdrücklich ihr Streben nach einem System der kollektiven Sicherheit in Europa und reagierten auf die durch das Inkrafttreten der Pariser Verträge erhöhte Kriegsgefahr mit der Verpflichtung, sich im Falle einer imperialistischen Aggression gegen einen oder mehrere Teilnehmerstaaten des Warschauer Vertrags gegenseitig militärischen Beistand zu leisten. Dazu bildeten sie das Vereinte Kommando, dem sie Teile ihrer Streitkräfte unterstellten, und beschloßen, weitere notwendige Maßnahmen zu ergreifen, um ihre Verteidigungsfähigkeit zu stärken.

Der Warschauer Vertrag begründete ein multilaterales Bündnis, das einen neuen Abschnitt der Zusammenarbeit seiner Teilnehmerstaaten einleitete. Mit ihrer Zugehörigkeit zu diesem Vertrag ist die DDR zugleich Mitglied eines Militärbündnisses, das sich prinzipiell von der aggressiven Militärorganisation NATO unterscheidet.

Der Warschauer Vertrag entstand als ein Staatenbündnis völlig neuer Art. Mit ihrem Zusammenschluß zum Zwecke der Vertiefung der Freundschaft, der Zusammenarbeit und gegenseitigen Unterstützung entsprachen die sozialistischen Staaten einem gesetzmäßigen Erfordernis, das sich aus der historischen Mission der Arbeiterklasse ergibt. Mit der konkreten Form dieses Zusammenschlusses zu diesem Zeitpunkt, insbesondere mit der Bildung der militärischen Verteidigungskoalition, gaben sie eine un-

den Menschen und mit der konsequenten Durchsetzung der Weltanschauung und Ideologie der Arbeiterklasse als Leitlinien der Politik sind auch die Ursachen für das Streben nach kapitalistischem Profil, Expansion sowie Unterdrückung und Ausbeutung anderer Völker beiseite.

Auf dieser Grundlage ist **drittens** seine Außen- und Militärpolitik charakterisiert durch die organische Einheit von beharrlichem Streben nach Verwirklichung der Prinzipien

Der Warschauer Vertrag – die politische und Verteidigungskoalition sozialistischer Länder. Die Aufgaben zur Durchsetzung der abgestimmten Außenpolitik, zur Stärkung der Verteidigungsfähigkeit der sozialistischen Gemeinschaft.

umgängliche und zweckmäßige Antwort auf die vom Imperialismus verursachte Verschärfung der internationalen Lage. Der prinzipiell neuartige Charakter des Warschauer Vertrags wird vor allem an folgendem sichtbar:

Erstens entstand er im Kampf um die Bewahrung und Festigung des Friedens, in einer Situation erhöhter Kriegsgefahr und Bedrohung der Sicherheit der friedliebenden Staaten durch die imperialistischen Hauptmächte sowie nach Ablehnung aller Initiativen der sozialistischen Staaten, insbesondere der Sowjetunion, zur Schaffung eines Systems der kollektiven Sicherheit in Europa.

Zweitens besitzt er in Gestalt der sozialistischen Gesellschafts- und Staatsordnung seiner Teilnehmer eine völlig neue sozialökonomische Grundlage; mit der Beseitigung der Ausbeutung des Menschen durch

den friedlichen Koexistenz zwischen Staaten unterschiedlicher Gesellschaftsordnung, nach korrekten und gutnachbarlichen Beziehungen zu anderen Staaten sowie von konsequenter Wahrung der Sicherheitsinteressen der sozialistischen Staaten und des Friedens, einschließlich der Gewährleistung der dazu erforderlichen materiellen, insbesondere militärischen Voraussetzungen. Das ständige Streben der Warschauer Vertragsstaaten nach einem gesamt-europäischen Sicherheitssystem zeugt von einer Politik, die Ausdruck der sozialökonomischen Basis des Sozialismus und der politischen Herrschaft der Arbeiterklasse ist. Durch ihren Kampf um Abrüstung, Entspannung und Frieden werden die günstigsten äußeren Bedingungen für den sozialistischen Aufbau geschaffen. Die Staaten der sozialistischen Gemeinschaft beherzigen stets die historische Erfahrung, daß allein der Wunsch nach Frieden noch keinen Aggressor zügelte, die

vernachlässigung der Verteidigungsbereitschaft und -fähigkeit aber schon manchen Aggressor ermunterte, die Welt zu erobern. Deshalb widmen sie der Gewährleistung der zum Schutz von Sozialismus und Frieden notwendigen militärischen Stärke stets die gebührende Aufmerksamkeit.

Doz. Dr. RUDOLF KOSCHULLA